

Strom- und schifffahrtspolizeiliche Genehmigung
EI/1360

Der Verkehrsgesellschaft Meißen mbH, Hafenstraße 51, 01662 Meißen, wird auf Antrag vom 28.01.2026 nach § 31 Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG) in der aktuellen Fassung die strom- und schifffahrtspolizeiliche Genehmigung erteilt,

in der Bundeswasserstraße Elbe die vorhandenen Fähranleger der Personenfähre Riesa-Promnitz bei EI-km 107,1 bis 107,15, beide Seiten durch Neubauten zu ersetzen, die Landanlagen umzubauen und zu betreiben. Im Rahmen der Maßnahme sind Anpassungsmaßnahmen an den Stromregelungsbauwerken, linkes Ufer erforderlich.

Die Genehmigung wird unbefristet erteilt.

Die Genehmigung ist nur nach vorheriger Anzeige unter Mitteilung von Name und Anschrift des neuen Inhabers übertragbar. Die Anzeige hat gegenüber dem Wasserstraßen - und Schifffahrtsamt Elbe schriftlich zu erfolgen.

Die strom- und schifffahrtspolizeiliche Genehmigung berechtigt nicht, Rechte Dritter zu beeinträchtigen oder Gegenstände, die einem anderen gehören, oder Grundstücke und Anlagen, die im Besitz eines anderen stehen, in Gebrauch zu nehmen. Sie ersetzt nicht die für das Vorhaben nach anderen Rechtsvorschriften notwendigen behördlichen Entscheidungen (Genehmigungen, Erlaubnisse oder Ähnliches).

Sie regelt die Zulässigkeit des Vorhabens nur unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung des für die Schifffahrt erforderlichen Zustandes der Bundeswasserstraße und der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs.

Sie berechtigt nicht zur Nutzung von Betriebswegen, Ufergrundstücken sowie Schifffahrts- und Betriebsanlagen der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes.

Die Genehmigung ersetzt nicht die mit dem Bund abzuschließenden privatrechtlichen Vereinbarungen. Sie berechtigt insbesondere nicht, dem Bund gehörende Grundstücke, Wasserflächen und Anlagen vor Abschluss eines privatrechtlichen Nutzungsvertrages in Gebrauch zu nehmen.

Für die Genehmigung sind folgende Unterlagen verbindlich:

1. Antrag der [REDACTED] vom 28.01.2026
2. Vollmacht der Verkehrsgesellschaft Meißen mbH für die [REDACTED] vom 09.09.2024
3. Prüfbericht zur Prüfung des Standsicherheitsnachweises (Nr. 24/2/75-2) vom 21.01.2026
4. Entwurfs- und Genehmigungsplanung mit
 - 4.1 Erläuterungsbericht vom 03.12.2025
 - 4.2 Geotechnische Nachweise Trossenwiderlager- Anlegestelle Riesa vom 03.12.2025
 - 4.3 Geotechnische Nachweise Trossenwiderlager- Anlegestelle Promnitz vom 03.12.2025
5. Übersichtsplan vom 01.12.2025, M 1:1000
6. Anlegestelle Riesa:
 - 6.1 Lageplan vom 01.12.2025, M 1:200
 - 6.2 Längsschnitt mit Betriebszuständen vom 01.12.2025, M 1:100
 - 6.3 Geländeanpassung mit Böschungssicherung vom 01.12.2025, M 1:100
 - 6.4 Regelprofil Randschwelle und Steinschüttdamm vom 18.02.1994, nicht maßstabsgetreu
7. Anlegestelle Promnitz:
 - 7.1 Lageplan vom 01.12.2025, M 1:200

- 7.2 Längsschnitt mit Betriebszuständen vom 01.12.2025, M 1:100
8. Lagepläne Schifffahrtszeichen E.4.b BinSchStrO, bei
- 8.1 El-km 106,55, linkes Ufer vom 11.05.2022, M 1:2000
- 8.2 El-km 107,5, linkes Ufer vom 12.05.2026, M 1:2000

Die Genehmigung wird unter folgenden Auflagen und Bedingungen erteilt:

1. Bei der Errichtung, der Unterhaltung, der Wartung sowie beim Betrieb der Anlage sind die allgemein anerkannten Regeln der Technik zu beachten und die im Bauwesen erforderliche Sorgfalt anzuwenden.
2. Jede geplante Änderung der Anlage, des Betriebes oder der Benutzung ist rechtzeitig vor der Durchführung dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt schriftlich anzuzeigen.
3. Dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt sind Änderungen der Firmenanschrift, der Firmenbezeichnung und der Rechtsform des Unternehmens und gegebenenfalls die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mit Angabe des Insolvenzverwalters mitzuteilen.
4. Die in den Genehmigungsunterlagen grün eingetragenen Prüfbemerkungen sind zu berücksichtigen.
5. Das Stromregelungssystem ist im Bereich der Maßnahme anzupassen. Das Parallelwerk (Steinschüttdamm) ist in Anpassung an das bestehende Ufer mit einer Neigung von 1:2 auszubilden. Die Ausbildung hat in Anlehnung an das Regelprofil (Anlage 6.4) zu erfolgen. Die Randschwelle bindet auf Höhe des Gleichwertigen Wasserstandes (GIW) = 89,91 müNHN(DHHN2016) an den Steinschüttdamm an und fällt mit durchgängiger Neigung 1:3 zur Sohle (Höhe Sollsohle 88,51 müNHN(DHHN2016)) ab.

Der Steinschüttdamm ist zum Fähranleger hin strömungsgünstig zu verziehen.

Es sind die Bestimmungen der BAW Merkblätter „Anwendung von Regelbauweisen für Böschungs- und Sohlensicherungen an Binnenwasserstraßen (MAR)“ und „Merkblatt Anwendung von Kornfiltern an Bundeswasserstraßen (MAK)“ anzuwenden.

Es wird davon auszugehen, dass kein Kornfilter erforderlich ist (Steinschüttung auf Steinschüttdamm).

6. Dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt sind vor Beginn der Maßnahme die Ausführungsunterlagen, insbesondere:
 - Ausführung der Stromregelungsbauwerke mit Ufersicherung gemäß Auflage 5 (Lageplan, Schnitte, Berechnung Böschungssicherung mit Bemessung Steinschüttung und Filterstabilität (Bodenprobe))
 - Ausführung des Rampenfußes, rechtes Ufer zur Zustimmung vorzulegen.
7. Dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt sind vor der Auslage der Fähranlegestellen folgende Unterlagen und Nachweise in geprüfter Form mit Prüfbericht in Papier sowie digital vorzulegen:
 - Nachweis Trossenwiderlager (Vergleich Anlage 3)
 - Nachweis Ankerring (Vergleich Anlage 3)
 - schiffbauliche Berechnungen der Pontons und der Verbindungsbrücken mit Stabilitätsnachweis der Anleger
 - Trossenstärke

Auf zur Genehmigungsplanung geänderte Ansätze und Annahmen ist hinzuweisen.

Ergeben sich daraufhin Abweichungen zu den Genehmigungsunterlagen oder werden weitere Auflagen und Bedingungen erforderlich, ist ggf. ein Nachtrag zur Genehmigung erforderlich.

8. Werden in den gemäß Auflage 7 vorzulegenden Nachweisen Randbedingungen vorausgesetzt, wie bspw. eine Begrenzung der Verkehrsfläche auf den Pontons, sind diese beim Betrieb der Anlage entsprechend zu gewährleisten.
9. Der Genehmigungsinhaber hat die Anlagen an beiden Ufern so zu errichten und zu unterhalten, dass sie ein jederzeit sicheres An- und Ablegen der Fähre ermöglichen. Auf den Pontons sind Halteeinrichtungen in ausreichender Anzahl und Ausführung zu installieren.
10. Die mit der Bauausführung beauftragten Firmen sind dem Wasserstraßen - und Schifffahrtsamt zu benennen.
Der verantwortliche Bauleiter sowie der Ansprechpartner vor Ort sind dem Wasserstraßen - und Schifffahrtsamt mit Namen, Telefonnummer und E-Mail- Adresse schriftlich anzugeben. Jede Änderung ist schriftlich mitzuteilen.
11. Die Genehmigung oder eine Kopie ist dem Bauausführenden auszuhändigen und ständig auf der Baustelle zur Einsicht vorzuhalten.
12. Die Bauverfahren für die Maßnahme, insbesondere zur Anpassung der Stromregelungsbauwerke, sind rechtzeitig vor der Ausführung unter Beteiligung der bauausführenden Firmen mit dem zuständigen Außenbezirk abzustimmen.
13. Die zur Regelung des Schiffsverkehrs während der Baumaßnahme gemäß Binnenschifffahrtsstraßen-Ordnung (BinSchStrO) erforderlich werdenden Maßnahmen, wie eine Kennzeichnung der Baustelle, werden entsprechend den örtlichen Gegebenheiten vom Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt festgelegt. Sämtliche erforderliche Schifffahrtszeichen sind auf Weisung des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes zu setzen und zu betreiben. Die für die Verkehrsregelung anfallenden Kosten trägt der Genehmigungsinhaber.
14. Der Einsatz von Fahrzeugen und schwimmenden Geräten und sonstige Maßnahmen während der Bauzeit, die den Schiffsverkehr vorübergehend beeinträchtigen könnten, bedürfen der vorherigen Genehmigung des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes.
15. Es dürfen an den schwimmenden Arbeitsgeräten außer den nach den schifffahrtspolizeilichen Vorschriften erforderlichen Schifffahrtszeichen keine Zeichen und Lichter angebracht werden, die mit Schifffahrtszeichen verwechselt werden oder die Sichtbarkeit von Schifffahrtszeichen beeinträchtigen oder die Schiffsführer durch Blendwirkung, Spiegelung oder anders irreführen oder behindern können.
16. Die eingesetzten Fahrzeuge und schwimmenden Geräte sind gemäß § 3.25 Binnenschifffahrtsstraßen-Ordnung zu kennzeichnen.
17. Es ist sicherzustellen, dass die passierende Schifffahrt nicht durch Arbeitsgeräte oder Hilfsmittel behindert wird. Sie sind gegebenenfalls rechtzeitig aus dem Bereich der Fahrrinne herauszufahren.
18. Während der Maßnahme ist das Steuerhaus der eingesetzten Fahrzeuge und schwimmenden Geräten ständig zu besetzen. Das Funkgerät muss ständig empfangsbereit und besetzt sein.
19. Während der Zeiten, in denen die Arbeiten ruhen oder eingestellt sind, sind die Fahrzeuge und schwimmenden Geräte an geeignete Liegestellen zu verholen.

20. Der Beginn der Baumaßnahme ist dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt mindestens 2 Wochen vorher schriftlich anzuzeigen. Das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt ist zur Bauanlaufberatung einzuladen. Der Bauzeitenplan ist vorzulegen.
21. Vor Beginn der Baumaßnahme ist mit dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt eine Ortsbesichtigung durchzuführen. Vermessungspunkte, Hektometerzeichen oder Schifffahrtszeichen sind zu sichern.
22. Soweit Schifffahrtszeichen oder Vermessungspunkte der Wasserstraßen - und Schifffahrtsverwaltung in dem betroffenen Bereich beschädigt oder beseitigt werden, sind diese nach Weisung des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes wiederherzustellen.
23. Es dürfen keine Stoffe oder Gegenstände in die Bundeswasserstraße gelangen, die den für die Schifffahrt erforderlichen Zustand der Bundeswasserstraße oder die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf dieser beeinträchtigen.
24. Sollten im Rahmen der Maßnahme Gegenstände jeglicher Art - auch durch höhere Gewalt - in das Flussbett gelangen, so ist dies unverzüglich dem Wasserstraßen - und Schifffahrtsamt anzuzeigen. Hält dieses deren Beseitigung für notwendig, so ist der Genehmigungsinhaber verpflichtet, umgehend auf eigene Kosten die Räumung durchzuführen. Nötigenfalls werden diese Arbeiten von der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung auf Kosten des Genehmigungsinhabers durchgeführt.
25. Innerhalb des Überschwemmungsgebietes dürfen Material und Baugeräte nur vorübergehend gelagert werden.
Rechtzeitig vor Umspülung ist das Überschwemmungsgebiet von allen Baugeräten und gelagertem Material zu beräumen, bzw. sind ausreichende Sicherungsmaßnahmen vorzusehen. Der mit der unteren Wasserbehörde abgestimmte Hochwassermaßnahmenplan ist vor- zulegen.
26. Die Baustellenbeleuchtung ist blendfrei einzurichten. Sie darf die Erkennbarkeit der Schifffahrtszeichen nicht beeinträchtigen, nicht zur Verwechslung mit Schifffahrtszeichen führen und keine für die Schifffahrt beeinträchtigenden Reflexionen auf dem Wasser hervorrufen.
27. Baubehelfe, wie Spundwände, Rammpfähle oder Ähnliches, sind nach Beendigung der Bau- maßnahme restlos aus der Bundeswasserstraße zu entfernen.
28. Der Abschluss der Baumaßnahme ist dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt unmittelbar nach der Beendigung anzuzeigen.
29. Mindestens 2 Wochen vor der Abnahme sind dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Pei- lungen/ Vermessungen zum Nachweis der umgesetzten Maßnahmen am Stromregelungskonzept (Steinschüttdamm und Randschwelle) gemäß des „Merkblattes für die Einmessung von baulichen Anlagen und Leitungen“ vorzulegen.
30. Die Anlage darf erst in Betrieb genommen werden, nachdem das Wasserstraßen - und Schifffahrtsamt sie abgenommen hat. Die Abnahme ist beim zuständigen Außenbezirk zu beantragen. Die Abnahme ersetzt nicht andere nach sicherheits- und ordnungsbehördlichen Vorschriften erforderlichen Abnahmen.
31. Nach der Abnahme sind dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Baubestandszeichnungen/Einmessungspläne gemäß des „Merkblattes für die Einmessung von baulichen Anlagen und Leitungen“ zu übergeben.
32. Dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt ist der für den Betrieb der Anlage verantwortliche Beauftragte schriftlich zu benennen. Jede Änderung ist schriftlich mitzuteilen.
33. Die Anlage ist zu überwachen und in einem guten betriebs- und verkehrssicheren Zustand zu erhalten.

34. Die Fähranleger ist regelmäßig auf Schwemmgut zu kontrollieren, das umgehend zu entfernen ist.
35. An der Anlage ist eine sowohl vom Land als auch vom Wasser her lesbare Tafel mit Angabe des Namens des Genehmigungsinhabers als auch der Genehmigungsnummer anzubringen.
36. An der Anlage dürfen außer den nach den schiffahrtspolizeilichen Vorschriften erforderlichen und den vom Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt genehmigten Schifffahrtszeichen keine Zeichen und Lichter angebracht werden, die mit Schifffahrtszeichen verwechselt werden oder die Sichtbarkeit von Schifffahrtszeichen beeinträchtigen oder die Schiffsführer durch Blendwirkung, Spiegelung oder anders irreführen oder behindern können.
37. Die Fähre ist entsprechend Binnenschifffahrtsstraßenordnung (BinSchStrO) zu kennzeichnen und nachts nach §§ 3.16 und 3.22 BinSchStrO zu beleuchten.
Die Fähranleger sind gemäß § 3.23 BinSchStrO mit einem von allen Seiten sichtbaren weißen gewöhnlichen Licht zu bezeichnen.
38. Die Fährstelle ist für beide Fahrtrichtungen gut sichtbar mit dem Schifffahrtszeichen E.4b „Freifahrende Fähre“, Anlage 7 der Binnenschifffahrtsstraßenordnung (BinSchStrO) zu kennzeichnen.
Die Schifffahrtszeichen sind oberstrom am Elbe-km 106,55, Ufer, linkes Ufer und unterstrom bei Elbe-km 107,5, linkes Ufer anzuordnen (Anlage 8).

Die Beschaffung der Schilder erfolgt durch das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt. Die Kosten für die Beschaffung gehen zu Lasten des Genehmigungsinhabers.
Die Unterhaltung obliegt dem Genehmigungsinhaber.
39. Die Beschilderung ist in einem ordnungsgemäßen Zustand zu halten. Die Sichtachsen zur Wasserstraße sind von Bewuchs frei zu halten.
Bei Beschädigung oder Verblässen der Tafelzeichen sind diese unter Rücksprache mit dem zuständigen Außenbezirk zu ersetzen oder entsprechend der Technischen Forderungen, Visuell Nr. 5 (TFV-05) – „Signalbilder von Tafelzeichen“ zu restaurieren.
40. Die Schwimmkörper müssen zur Kennzeichnung der höchsten zulässigen Einsenkung mit einem um den Schwimmkörper laufenden, in der Farbe sich deutlich abhebenden Strich oder je zwei Einsenkmarken auf jeder Seite versehen sein. Der untere Rand des Striches oder der Marken muss der höchstzulässigen Einsenkung entsprechen.
41. Die Schwimmkörper sind regelmäßig unter Hinzuziehung eines Sachverständigen zu untersuchen. Die Prüfintervalle ergeben sich aus dem Zustand des Schwimmkörpers und sind dem jeweils aktuellen Prüfprotokoll zu entnehmen. Die Schwimmkörper sind dabei ggf. auf Helling zu nehmen. Eine Ausfertigung der von den Sachverständigen erstellten Niederschrift ist dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt unaufgefordert vorzulegen.
42. Es ist außer dem Fährschiff nur solchen Fahrzeugen das Anlegen zu gestatten, für die die Wassertiefe sowie die Abmessungen, die Stabilität und die Festigkeit der Anlage ausreichend ist.
43. Der Fährbetrieb ist bei Wasserständen über 5 m Pegel Dresden sowie bei Treibeis einzustellen. Die Fähranlagen sind entsprechend zu sichern, die Fähre liegt am Anleger Riesa, linkes Ufer.
Einem Einfrieren der Pontons ist durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken.
44. Im Leckfall eines Pontons ist der jeweilige Anleger zu sperren.

45. Werden durch die Anlage, deren Betrieb oder durch die Benutzung der Bundeswasserstraße Auskolkungen, Verflachungen oder ähnliche Beeinträchtigungen der Bundeswasserstraße verursacht, sind diese auf Verlangen des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes zu beseitigen.
46. Es ist darauf zu achten, dass die Gewässersohle im Bereich der Anlage und der Zufahrt frei von Hindernissen ist. Bagger- und Räumungsarbeiten sind nur im Einvernehmen mit dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt vorzunehmen. Baggerungen sind so durchzuführen, dass zum Fahrwasser hin glatte Übergänge ohne Grate und Absätze entstehen.
47. Ist die Genehmigung durch Widerruf oder aus anderem Grunde erloschen, ist die Anlage auf Verlangen des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes in einer gesetzten Frist ganz oder teilweise zu beseitigen und der frühere Zustand wieder herzustellen.
48. Bei Erlöschen der Genehmigung ist diese Genehmigungsausfertigung- auf Verlangen des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes- zurückzugeben.
49. Der Genehmigungsinhaber hat die Auflagen auf seine Kosten zu erfüllen.

Hinweise:

Der zuständige Außenbezirk für diese Genehmigung ist der Außenbezirk Mühlberg, Am Hafen 1, 04931 Mühlberg, Tel.: 03534 2803, E-Mail-Adresse: Abz-Muehlberg@wsv.bund.de.

Auf den beigegefügten Auszug aus dem WaStrG wird hingewiesen.

Gebühren und Auslagen:

Die Gebühr für diese individuell zurechenbare öffentliche Leistung wird nach § 1 Nr. 1, § 2 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. der Anlage zu § 2, Gebühren- und Auslagenverzeichnis, Abschnitt 1 Nr. 22 Besondere Gebührenverordnung Wasserstraßen und Schifffahrt (WSBGebV) in der aktuellen Fassung festgesetzt auf: **2.954,00 €**

Angefallene Auslagen sind mit der Gebühr abgegolten.

Die Höhe der Gebühr richtet sich nach dem entstandenen Verwaltungsaufwand des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes Elbe.

Der Verwaltungsaufwand für die Bearbeitung Ihres Antrags entsprach dem Verwaltungsaufwand, der üblicherweise für vergleichbare Anträge entsteht.

Die Durchsicht, Erfassung und Auswertung Ihrer Antragsunterlagen erforderten besondere Sachkunde.

Das Vorliegen der Genehmigungsvoraussetzungen konnte leicht ermittelt werden.

Die vorgelegten Unterlagen zur Ausführung der Anpassungen am Stromregelungsbauwerk entsprechen nicht den Vorgaben des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes und sind entsprechend anzupassen.

Die Gebühr ist auf das Konto der Bundeskasse, IBAN: DE08750000000075001007, BIC: MARK-DEF1750 unter Angabe des Kassenzeichens (Verwendungszweck) 1062 2155 3878 bis zum 09.06.2026 zu überweisen.

Gründe:

Die beabsichtigte Maßnahme bedarf nach § 31 WaStrG einer strom- und schifffahrtspolizeilichen Genehmigung, da durch die Maßnahme eine Beeinträchtigung des für die Schifffahrt erforderlichen Zustands der Bundeswasserstraße oder der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu erwarten ist bzw. nicht ausgeschlossen werden kann.

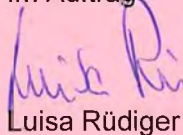
Die Genehmigung ist nach § 31 Abs. 4 WaStrG unter Auflagen und Bedingungen erteilt worden, um die zu erwartenden Beeinträchtigungen zu verhüten bzw. auszugleichen.

Das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Elbe ist sachlich und örtlich zuständig. Der Genehmigungsinhaber hat die Maßnahme beim Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Elbe zur Genehmigung angezeigt. Die Genehmigung wurde erteilt, weil Versagungsgründe nach § 31 Abs. 5 WaStrG nicht entgegenstehen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Genehmigung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Elbe, Dienstsitz Dresden (Moritzburger Straße 3, 01127 Dresden) oder Dienstsitz Lauenburg (Dornhorster Weg 52, 21481 Lauenburg) oder Dienstsitz Magdeburg (Fürstenwallstraße 19/20, 39104 Magdeburg) einzulegen.

Im Auftrag


Luisa Rüdiger



Auszug aus dem Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG)

Bundeswasserstraßengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Mai 2007 (BGBl. I S. 962; 2008 I S. 1980), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. August 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189) geändert worden ist

§ 10 Anlagen und Einrichtungen Dritter

Anlagen und Einrichtungen in, über oder unter einer Bundeswasserstraße oder an ihrem Ufer sind von ihren Eigentümern und Besitzern so zu unterhalten und zu betreiben, dass die Unterhaltung der Bundeswasserstraße, der Betrieb der bundeseigenen Schifffahrtsanlagen oder der Schifffahrtszeichen sowie die Schifffahrt nicht beeinträchtigt werden.

§ 11 Besondere Pflichten im Interesse der Unterhaltung

[...]

- (4) Der Inhaber einer strom- und schifffahrtspolizeilichen Genehmigung (§ 31) hat ohne Anspruch auf Entschädigung zu dulden, dass die Ausübung der Genehmigung durch Arbeiten zur Unterhaltung vorübergehend behindert oder unterbrochen wird. Auf die Interessen des zur Duldung Verpflichteten ist Rücksicht zu nehmen.

§ 24 Strompolizei

- (1) Die Behörden der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes haben die Aufgabe, zur Gefahrenabwehr Maßnahmen zu treffen, die nötig sind, um die Bundeswasserstraßen in einem für die Schifffahrt erforderlichen Zustand zu erhalten (Strompolizei).
- (2) Zur strompolizeilichen Überwachung der Bundeswasserstraßen dürfen Beauftragte der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung Grundstücke, Anlagen und Einrichtungen sowie Wasserfahrzeuge betreten. Das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Abs. 1 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.
- (3) Die Hafenaufsicht (Hafenpolizei) bleibt unberührt.

§ 25 Verantwortliche Personen

- (1) Strompolizeiliche Maßnahmen, die durch das Verhalten von Personen erforderlich werden, sind gegen die Personen zu richten, die die Gefahr oder die Störung verursacht haben. Sie können auch gegen diejenigen gerichtet werden, die für die Personen aufsichtspflichtig sind.
- (2) Wer einen anderen zu einer Verrichtung bestellt, ist neben diesem dafür verantwortlich, dass sich der andere bei der Ausführung der Verrichtung ordnungsgemäß verhält.
- (3) Strompolizeiliche Maßnahmen, die durch das Verhalten oder den Zustand eines Tieres oder durch den Zustand einer Sache erforderlich werden, sind gegen den Eigentümer zu richten. Strompolizeiliche Maßnahmen können auch gegen den gerichtet werden, der die tatsächliche Gewalt ausübt; die Maßnahmen sind nur gegen diesen zu richten, wenn er die tatsächliche Gewalt gegen den Willen des Eigentümers oder eines anderen Verfügungsberechtigten ausübt, oder wenn er auf einen im Einverständnis mit dem Eigentümer schriftlich oder elektronisch gestellten Antrag als allein verantwortlich anerkannt worden ist.

§ 31 Strom- und schifffahrtspolizeiliche Genehmigung

- (1) Einer strom- und schifffahrtspolizeilichen Genehmigung des Wasserstraßen- und Schifffahrtsamtes bedürfen

1. Benutzungen (§ 9 des Wasserhaushaltsgesetzes) einer Bundeswasserstraße,
2. die Errichtung, die Veränderung und der Betrieb von Anlagen einschließlich des Verlegens, der Veränderung und des Betriebs von Seekabeln in, über oder unter einer Bundeswasserstraße oder an ihrem Ufer,

wenn durch die beabsichtigte Maßnahme eine Beeinträchtigung des für die Schifffahrt erforderlichen Zustandes der Bundeswasserstraße oder der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu erwarten ist.

- (1a) (weggefallen)

- (2) Wer eine Bundeswasserstraße benutzen oder Anlagen in, über oder unter einer solchen Wasserstraße oder an ihrem Ufer errichten, verändern oder betreiben will, hat dies dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt anzuzeigen. Die Maßnahme bedarf keiner strom- und schifffahrtspolizeilichen Genehmigung, wenn das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt binnen eines Monats nach Eingang der Anzeige nichts anderes mitteilt. Telekommunikationslinien im Sinne des § 3 Nummer 64 des Telekommunikationsgesetzes sind anzeigepflichtig, aber genehmigungsfrei. Ist eine strom- und schifffahrtspolizeiliche Genehmigung erforderlich, ersetzt die Anzeige den Antrag auf Erteilung dieser Genehmigung. Für die Erteilung der Genehmigung gelten § 11a Absatz 4 bis 7 Satz 1 bis 5 sowie § 108 des Wasserhaushaltsgesetzes entsprechend, wenn es sich um eine Anlage zur Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen handelt.

- (3) Eine Anzeige oder eine strom- und schifffahrtspolizeiliche Genehmigung ist nicht erforderlich

1. für das Einbringen von Stoffen zu Zwecken der Fischerei,
2. für Benutzungen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes in zulässiger Weise ausgeübt werden,
3. für Anlagen, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes rechtmäßig vorhanden sind,
4. für Maßnahmen im Rahmen des Gemeingebruchs.

Eine Anzeige oder eine strom- und schifffahrtspolizeiliche Genehmigung ist ebenfalls nicht erforderlich für Benutzungen und Anlagen an den Bundeswasserstraßen, welche am 9. Juni 2021 erstmals in Anlage 1 aufgenommen wurden, soweit die Benutzung oder Anlage vor dem 9. Juni 2021 in zulässiger Weise ausgeübt wurde oder rechtmäßig vorhanden war.

- (4) Die Genehmigung kann unter Bedingungen und Auflagen erteilt werden, die eine Beeinträchtigung des für die Schifffahrt erforderlichen Zustandes der Bundeswasserstraße oder der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs verhüten oder ausgleichen.
- (5) Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn durch die beabsichtigte Maßnahme eine Beeinträchtigung des für die Schifffahrt erforderlichen Zustandes der Bundeswasserstraße oder der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu erwarten ist, die durch Bedingungen und Auflagen weder verhütet noch ausgeglichen werden kann. Sind diese Bedingungen und Auflagen nicht möglich, darf die Genehmigung gleichwohl aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit erteilt werden.

- (6) Die Genehmigung ersetzt nicht die nach anderen Rechtsvorschriften erforderlichen Verwaltungsakte.

§ 32 Rücknahme und Widerruf der strom- und schiffahrtspolizeilichen Genehmigung

- (1) Das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt kann die strom- und schiffahrtspolizeiliche Genehmigung ganz oder teilweise widerrufen, wenn es zur Erhaltung der Bundeswasserstraße in einem für die Schifffahrt erforderlichen Zustand oder zur Abwehr von Gefahren für die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs notwendig ist. Wenn ein Verwaltungsakt, der nach anderen Rechtsvorschriften für die Maßnahme erlassen ist (§ 31 Abs. 6), nur gegen Entschädigung ganz oder teilweise widerrufen werden kann, ist auch bei gänzlichem oder teilweiseem Widerruf der strom- und schiffahrtspolizeilichen Genehmigung Entschädigung zu leisten.
- (2) Das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt kann die Genehmigung ferner ohne Entschädigung ganz oder teilweise zurücknehmen, wenn der Unternehmer den Zweck der Maßnahme so geändert hat, dass er mit den Antragsunterlagen nicht mehr übereinstimmt.
- (3) Das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt kann die Genehmigung ferner ohne Entschädigung widerrufen, wenn der Unternehmer
1. die Benutzung über den Rahmen der Genehmigung erheblich ausgedehnt hat,
 2. ihre Ausübung binnen einer ihm gesetzten angemessenen Frist nicht begonnen oder die Genehmigung drei Jahre ununterbrochen nicht ausgeübt hat.

§ 33 Besondere Pflichten im Interesse der Überwachung

- (1) Überprüft das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt, ob die Bedingungen und Auflagen der strom- und schiffahrtspolizeilichen Genehmigung erfüllt werden, hat der Inhaber der Genehmigung das Betreten von Grundstücken zu gestatten, die Anlagen und Einrichtungen zugänglich zu machen, Auskünfte zu erteilen, die erforderlichen Arbeitskräfte, Unterlagen und Werkzeuge zur Verfügung zu stellen und technische Ermittlungen und Prüfungen zu dulden.
- (2) Werden besondere Überwachungsmaßnahmen, vor allem fachtechnische Untersuchungen, erforderlich, können dem Inhaber der strom- und schiffahrtspolizeilichen Genehmigung die Kosten dieser Maßnahmen auferlegt oder die Untersuchungen auf seine Kosten aufgegeben werden.
- (3) Der zur Erteilung einer Auskunft Verpflichtete kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.
- (4) Auf die nach Absatz 1 erlangten Kenntnisse und Unterlagen sind die §§ 93, 97, 105 Abs. 1, § 111 Abs. 5 in Verbindung mit § 105 Abs. 1 sowie § 116 Abs. 1 der Abgabenordnung nicht anzuwenden. Dies gilt nicht, soweit die Finanzbehörden die Kenntnisse für die Durchführung eines Verfahrens wegen einer Steuerstraftat sowie eines damit zusammenhängenden Besteuerungsverfahrens benötigen, an deren Verfolgung ein zwingendes öffentliches Interesse besteht, oder soweit es sich um vorsätzlich falsche Angaben des Auskunftspflichtigen oder der für ihn tätigen Personen handelt.

§ 34 Schifffahrtszeichen

[...]

- (4) Anlagen und ortsfeste Einrichtungen aller Art dürfen weder durch ihre Ausgestaltung noch durch ihren Betrieb zu Verwechslungen mit Schifffahrtszeichen Anlass geben, deren Wirkung beeinträchtigen, deren Betrieb behindern oder die Schiffsführer durch Blendwirkungen, Spiegelungen oder anders irreführen oder behindern. Wirtschaftswerbung in Verbindung mit Schifffahrtszeichen ist unzulässig.

[...]

§ 50 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

[...]

4. entgegen § 31 Abs. 1 ohne strom- und schiffahrtspolizeiliche Genehmigung eine Bundeswasserstraße benutzt oder Anlagen errichtet, verändert oder betreibt oder einer nach § 31 Abs. 4 erteilten Auflage nicht nachkommt,
 5. entgegen der Vorschrift des § 33 Abs. 1
 - a) das Betreten von Grundstücken nicht gestattet, Anlagen oder Einrichtungen nicht zugänglich macht oder technische Ermittlungen oder Prüfungen nicht duldet,
 - b) die erforderlichen Arbeitskräfte, Unterlagen oder Werkzeuge nicht zur Verfügung stellt oder
 - c) die Auskunft nicht, unrichtig, unvollständig oder nicht rechtzeitig erteilt,
 6. ohne die nach § 34 Abs. 2 erforderliche Genehmigung ein Schifffahrtszeichen setzt oder betreibt oder
 7. der Vorschrift des § 34 Abs. 4 über die Ausgestaltung oder den Betrieb von Anlagen, ortsfesten Einrichtungen oder Schifffahrtszeichen zuwiderhandelt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Euro geahndet werden.
- (3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Generaldirektion Wasserstraßen und Schifffahrt.

